

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

November 2010

Schwerin bekommt eine gut ausgestattete Bürgerstiftung ein wichtiger Erfolg für die Oberbürgermeisterin

Schwerin bekommt seine Bürgerstiftung und zwar eine mit 1 Millionen Euro Gründungskapital gut ausgestattet – so lautet die große Erfolgsmeldung der Novembersitzung von Schwerins Stadtvertretung. Damit setzte sich eine Idee von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow durch, die seitens der Linksfraktion von Anfang an unterstützt wurde. Deren Fraktionschef Gerd Böttger warb folgerichtig in seiner Rede auch noch einmal für das Projekt und die damit verbundenen Möglichkeiten der Förderung z.B. sozialer Projekte. „Anders als beim Haushalt könne Schwerin über ein Kuratorium selbst entscheiden, welche Projekte es fördern möchte.“ Fraktionsvize Henning Foerster ergänzte, dass die bundesweit ca. 300 Bürgerstiftungen erfolgreich der Finanzkrise getrotzt hätten. 35 Millionen Menschen leben im Einzugsgebiet von Bürgerstiftungen, deren Vermögen auf 152 Millionen Euro geschätzt wird. „Es handele sich um ein einzigartiges Erfolgsmodell, allerdings sei die Zahl der Neugründungen rückläufig. Zudem setze Schwerin ein Zeichen gegen den allgemeinen Trend, indem es seine Stiftung mit deutlich mehr Grundkapital ausstatte als die durchschnittlichen 126.000 Euro.“ Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow zeigte sich am Ende des Tages erleichtert: „Ich freue mich, dass es gelungen ist, dieses Projekt mit riesiger Mehrheit auf den Weg zu bringen!“

Grundsteuer B - Anhebung ist unpopulär aber notwendig

Mit Kampfbegriffen wie „modernes Raubrittertum“, „Vertreibungspolitik gegenüber Familien“ oder „unverschämter Griff in die Taschen der Bürger“ geißelten Silvio Horn (UB) und Hagen Brauer (CDU/FDP) den Verwaltungsvorschlag zur Anhebung der Grundsteuer von 500 auf 550%. Linksfraktionschef Gerd Böttger verwies auf die mangelnde Ausstattung der Kommunen durch Bundes- und Landesebene. „Die gleichen Fraktionen die jüngst dem Innenminister zusagten, durch signifikante Einsparungen und Mehreinnahmen die Haushaltslage zu verbessern, versuchten nun sich als Anwalt der Bürger zu präsentieren.“

Noch deutlicher wurde sein Fraktionsvize Henning Foerster. Er nannte die Argumentation von CDU/FDP und UB scheinheilig. „Während die schwarz-gelbe Bundesregierung die größte Umverteilung von unten nach oben in den letzten Jahren organisierte und dem Normalbürger ab Januar 2011 sprichwörtlich das „Fell über die Ohren ziehe“, spielten deren Parteifreunde vor Ort die Bewahrer des Sozialstaats.“

Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow ergänzte, welche schwierige Diskussion dem Deutschen Städtetag dem-

nächst bevorstehe. Der Dachverband fordert die Erhaltung der Gewerbesteuer, verbindliche Regelungen zum Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV und ein Ende der Spekulationen zur Freigabe der Hebesätze bei der Einkommenssteuer. Ein Wettbewerb um die niedrigsten Einkommenssteuern, würde vor allem Städte wie Schwerin benachteiligen, die sich aufgrund ihrer Haushaltslage nicht an einem Unterbietungswettbewerb beteiligen könnten.

Schwerin beteiligt sich am Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“

Umgesetzt hat die Verwaltung den Antrag der Linksfraktion zur Interessenbekundung der Landeshauptstadt Schwerin an der Entwicklung und Umsetzung eines lokalen Aktionsplanes im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken.“ Die Landeshauptstadt Schwerin hat sich an dem Bundesprogramm beteiligt. Das Programm unterstützt präventive Maßnahmen zur Förderung von Demokratiebewusstsein und soll damit auch einen Beitrag im Kampf gegen Intoleranz, Fremdenhass und Rechtsextremismus leisten.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?
Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de
Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Anträge der Linksfraktion werden kontrovers diskutiert

Unterschiedlicher hätten die Ergebnisse zu den Anträgen nicht sein können. Während die Mehrheit der Stadtvertreter für die Prüfung der Möglichkeit staatlich anerkannter Erholungsort zu werden votierten, entspann sich zum Antrag jährlich eine Reise in Schwerins Partnerstädte ins VHS-Kursprogramm aufzunehmen ebenso eine Debatte, wie um die Unterstützung des Seniorenbüros bei der Gewinnung von Zeitzeugen für den Geschichtsunterricht in Schwerins Schulen.

Obwohl die VHS die Bereitschaft signalisiert hatte, eine solche Reise zu planen und der Fachausschuss einstimmig die Annahme empfahl, lehnte die Mehrheit der Stadtvertretung den Antrag ab. Die Begründung aus dem Mund von Monika Renner (CDU) klang geradezu lächerlich, „man wisse ja nicht, wer die Reise bezahle und ob sich Risiken für den städtischen Haushalt ergeben könnten!“ Zum Zeitzeugenantrag von Linksfraktionsmitglied Michael Strähnz bekundeten Redner aller Fraktionen zwar ihre grundsätzliche Sympathie für das Ansinnen, beschließen indes wollten sie es dennoch nicht. Linken Fraktionschef Gerd Böttger zog folgerichtig den Antrag zurück und verwies angesichts der intensiven Debatte darauf, dass zumindest ein Ziel erreicht sei – alle demokratischen Parteien sehen Zeitzeugen als gute Möglichkeit, die Vermittlung historischen Wissens sinnvoll zu ergänzen.

Personalentwicklungskonzept der Landeshauptstadt

Immer wieder reiten CDU/FDP oder Manfred Strauss (nun fraktionslos) die Attacke auf die Beschäftigten in der Stadtverwaltung und fordern drastische Einsparungen und Personalabbau.

Dass diese Angriffe haltlos sind, zeigt das mehrheitlich beschlossene Personalkonzept der Landeshauptstadt. Auch bei den Mitarbeitern steht ein Umbruch ins Haus. So wird es in den kommenden Jahren massive Personalabgänge geben (ohne natürliche Fluktuation mehr als 320 bis 2020).

Allein bis 2014 scheiden voraussichtlich mehr als 160 Personen aus dem aktiven Dienst aus. Gleichzeitig muss durch Stellen- und Personalabbau ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer strategischen Planung, die sowohl Aspekte der Personalentwicklung als auch der Konsolidierung berücksichtigt.

Große Unterschiede bei Sperrmaßnahmen nach SGB II

Mit einer großen Anfrage an die Verwaltung wollte die Linksfraktion in Erfahrung bringen, wie viele Sanktionen (Kürzung der Leistungen im extremsten Falle auf Null) bei Beziehern von Hartz IV im 1. Halbjahr 2010 verhängt wurden. Auf etwa 12.000 hilfebedürftige Erwerbsfähige entfielen 180 neue und 320 bestehende Sanktionen, was einer Quote von 3,2% entspricht.

Betroffene Bürgerinnen und Bürger haben laut ARGE 161 Mal Widerspruch eingelegt, 40 Mal führte dieser zur Rücknahme der Sperrmaßnahme. Deutliche Unterschiede gibt es bezogen auf die Altersgruppen. Während Bürgerinnen und Bürger zwischen 50 und 65 Jahren mit 0,6% kaum von Sperrmaßnahmen betroffen sind, kommen diese bei den unter 25-jährigen mit 6,3% am häufigsten vor.

Behindertenbeirat wird geschwächt

Dem Antrag eine Satzungsänderung herbeizuführen, um die Mitarbeit von kompetenten, hauptamtlichen Mitarbeitern (z.B. von Sozialverbänden und -vereinen) zu ermöglichen, folgten nur die Mitglieder von Linksfraktion und Unabhängigen Bürgern. Folgerichtig bezeichnete der Vorsitzende des Behindertenbeirates Manfred Rehmer die Entscheidung als Schwächung der Beiratsarbeit. Bereits seit 1993 hatten hauptamtliche Mitarbeiter wichtige Akzente gesetzt. Vor allem ihre fachliche Kompetenz war von herausragender Bedeutung. Verantwortlich für das Scheitern des Antrags zeichnet die SPD, die ihr Ausschussvotum über den Haufen warf und damit den Gegnern des Antrages zu einer unverhofften Mehrheit verhalf.

Campus des Baltic College wird saniert

Das Hauptgebäude des alten Fridericianum wird aus Städtebaufördermitteln saniert. Anschließend zieht das private Baltic College für mindestens 10 Jahre dort ein. Die Baumaßnahmen sollen noch 2010 beginnen.

Wildes Parken wird verhindert

Beschlossen hat die Stadtvertretung den Antrag von Linksfraktionsmitglied Peter Brill. Demnach soll wildes Parken an der Ecke Lübecker Strasse/Platz der Freiheit durch Abpollern der Freifläche vor der Santander Bank verhindert werden.

Diskussion zu Waisenhausgärten und Umbenennung der Strasse Am Grünen Tal

Vertagt wurde die Entscheidung zum Masterplan Waisenhausgärten, hier gibt es Änderungsanträge u.a. zu Geschosshöhen, Abstand zum Ufer und Wegesystem, und die Umbenennung der Strasse Am Grünen Tal in Karl Marx Strasse, die Ortsbeiräte sollen dies noch beraten. Bleibt zu hoffen, dass insbesondere letzteres Thema nicht wieder zu einem ideologischen Schlagabtausch ausufert. Gespannt sein dürfen wir insbesondere, wie die SPD-Fraktion stimmen wird, die den Vorschlag der Umbenennung maßgeblich vorangetrieben hat.